

Margit Schratzenstaller

## Bundeschvoranschlag 2006: Schwerepunkte und Entwicklungslinien in längerfristiger Perspektive

Der Bundesvoranschlag 2006 ist ein weiterer Schritt zur dauerhaften Verkleinerung des öffentlichen Sektors. Die Einnahmenquote des Bundes sinkt auf 23,7% des BIP (–2,6 Prozentpunkte gegenüber 2000), die Ausgabenquote des Bundes auf 26% des BIP (–1,7 Prozentpunkte gegenüber 2000). Das Maastricht-Defizit des Bundes wird 2006 vor allem wegen der Steuerreform 2004/05 nur leicht reduziert (auf 2,2% des BIP). Die Transferausgaben gewinnen weiter an Bedeutung; vor allem die Familienleistungen steigen seit 2000 merklich. Im Bereich der Ausgaben für die Infrastruktur und für Forschung wurden in den letzten Jahren Schwerepunkte gesetzt. Die Nachhaltigkeit der Einnahmenseite wird durch ein steigendes Gewicht von Steuern und steuerähnlichen Einnahmen gestärkt.

Begutachtung: Markus Marterbauer • Wissenschaftliche Assistenz: Dietmar Klose • E-Mail-Adressen: [Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at](mailto:Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at), [Dietmar.Klose@wifo.ac.at](mailto:Dietmar.Klose@wifo.ac.at)

Die Budgetpolitik steht derzeit nur schwer zu vereinbarenden Anforderungen gegenüber: Einerseits sollen Impulse für die Konjunktur und das langfristige Wachstum sowie die Standortstärkung gegeben werden. Andererseits sind gemäß der Zielsetzung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes mittelfristig nahezu ausgeglichene öffentliche Haushalte bzw. Überschüsse zu erzielen. Der Bundesvoranschlag 2006 spiegelt diese konfligierenden Ansprüche wider.

Der Bundesvoranschlag 2006 ist durch die Auswirkungen der Steuerreform 2004/05 und der hohen Arbeitslosigkeit geprägt. Das Maastricht-relevante Defizit des Bundes wird daher (ebenso wie das gesamtstaatliche Defizit) im Jahr 2006 nur leicht zurückgehen. Der Voranschlag ist mit gewissen Risiken behaftet: Insbesondere sind die Konjunkturaussichten für 2006 derzeit unsicher, der Aufschwung der Weltwirtschaft könnte seinen Höhepunkt schon erreicht haben bzw. ihn allmählich überschreiten. Hinzu kommt das Risiko eines weiteren Anstiegs des bereits hohen Erdölpreises und des Wechselkurses, der das Wachstum dämpfen würde. Daher ist nicht auszuschließen, dass die im Dezember 2004 vom WIFO prognostizierte und dem Bundesvoranschlag 2006 zugrunde liegende BIP-Wachstumsrate von real 2,3% und nominell 3,9% nicht erreicht wird; das würde den Bundeshaushalt insbesondere einnahmenseitig belasten.

Vor allem in einem konjunkturell unsicheren Umfeld ist – wie auch die Abweichungen des Erfolgs 2004 vom Bundesvoranschlag 2004 zeigen – eine zeitnahe jährliche Budgeterstellung vorteilhafter als die Erstellung von Doppelbudgets. Sie erlaubt die Berücksichtigung der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen; im Rahmen der Einnahmen- und Ausgabenplanung kann flexibel auf die spezifischen gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse eingegangen werden. Freilich sollten die konkreten jährlichen Budgets in eine regelmäßig aktualisierte, relativ detaillierte mittelfristige Finanzplanung eingebettet werden. Sie könnte etwa einen Zeitraum von fünf Jahren umfassen und die groben Linien und die geplanten Schwerepunkte einer Budgetpolitik vorzeichnen, die sich der Erreichung langfristiger strategischer Entwicklungsziele (wie etwa der Lissabon-Ziele) verpflichtet.

Angesichts der bestehenden Konjunkturrisiken erscheint das Timing der Steuerreform 2004/05 – sie verursacht mit knapp 3,6 Mrd. € 2006 die höchsten Steuerausfälle und steigert gemäß WIFO-Simulationen das reale BIP kumuliert um knapp ½% (Breuss –

Kaniovski – Schratzenstaller, 2004) – etwas günstiger als in den ursprünglichen Einschätzungen.

### Der Bundeshaushalt im Überblick

#### Vorläufiger Gebarungserfolg 2004

Der allgemeine Haushalt weist laut vorläufigem Erfolg 2004 Einnahmen von 60,35 Mrd. € und Ausgaben von 64,98 Mrd. € auf. Die Ausgaben waren um 2,31 Mrd. € und die Einnahmen um 1,11 Mrd. € höher als veranschlagt. Somit betrug das administrative Defizit 4,63 Mrd. € (2% des BIP) statt wie veranschlagt 3,43 Mrd. € (1,5% des BIP). Das Maastricht-Defizit des Bundes erreichte 4,05 Mrd. € und blieb damit bei 1,7% des BIP, statt wie geplant auf 1,4% des BIP zu sinken. Die Ausgabenüberschreitung beruht insbesondere auf im Vergleich zum Voranschlag höheren Arbeitslosenzahlungen, einem aufgrund von vorgezogenen Pensionseintritten höheren Aufwand für Beamtenpensionen, den Kosten der Umstrukturierung der ÖBB (Kapitalaufstockung) sowie höheren Familienleistungen, die durch Einsparungen im Personal- und Sachaufwand nur teilweise kompensiert wurden. Die Einnahmen fielen trotz geringerer Bruttosteueereinnahmen (-1,4 Mrd. € gegenüber dem Voranschlag) insgesamt höher aus als im Vorjahr, weil sich Mehreinnahmen ergaben (vor allem aus Abrechnungsresten aus den Vorjahren im Bereich der Sozialversicherung, aus den Verkaufserlösen bundeseigener Wohnbaugesellschaften und aus einer Ausweitung der Rücklagenentnahmen).

#### Bundeschvoranschlag 2005

Der Bundesvoranschlag 2005 sieht Einnahmen von 58,97 Mrd. € (-2,3%) und Ausgaben von 64,42 Mrd. € (-0,9%) im allgemeinen Haushalt und damit ein administratives Defizit von 5,45 Mrd. € (2,2% des BIP) vor. Das Maastricht-Defizit des Bundes wird sich auf 5,82 Mrd. € (2,4% des BIP) erhöhen.

#### Bundeschvoranschlag 2006

Gemäß dem Bundesvoranschlag 2006 nehmen die Einnahmen auf 60,35 Mrd. € (+2,3%) und die Ausgaben auf 66,16 Mrd. € (+2,7%) zu, sodass das administrative Defizit des Bundes auf 5,81 Mrd. € (2,3% des BIP) steigt. Das Maastricht-Defizit geht auf 5,59 Mrd. € (2,2% des BIP) zurück.

## Perspektiven der österreichischen Budgetpolitik im langfristigen und internationalen Kontext

Der Bundesvoranschlag 2006 ist ein weiterer Schritt im Rahmen des langfristigen Ziel der Bundesregierung, den öffentlichen Sektor dauerhaft zu verkleinern. Das im November 2004 aktualisierte österreichische Stabilitätsprogramm (*Bundesministerium für Finanzen, 2004A*) sieht einen Rückgang der Einnahmenquote auf 45,8% des BIP bis zum Jahr 2008 vor (Übersicht 1).

### Übersicht 1: Staatsquoten in Österreich

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	In % des BIP <sup>1)</sup>								
Ausgabenquote	51,3	50,7	50,4	50,6	50,1	49,5	48,0	46,7	45,8
Einnahmenquote	49,8	51,0	50,2	49,5	48,8	47,5	46,2	46,0	45,8
Maastricht-Saldo	- 1,5	0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 1,9	- 1,7	- 0,8	0,0
Abgabenquote	42,8	44,8	43,7	43,1	42,8	41,6	40,5	40,3	40,0
Steuerquote	27,4	29,3	28,6	28,0	27,7	26,8	25,9	25,8	25,6
Sozialbeiträge	16,6	16,5	16,3	16,3	16,2	15,9	15,6	15,6	15,6

Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen. Ab 2005 gemäß österreichischem Stabilitätsprogramm 2005 bis 2008. - <sup>1)</sup> Bruttoinlandsprodukt mit FISIM-Neuberechnung.

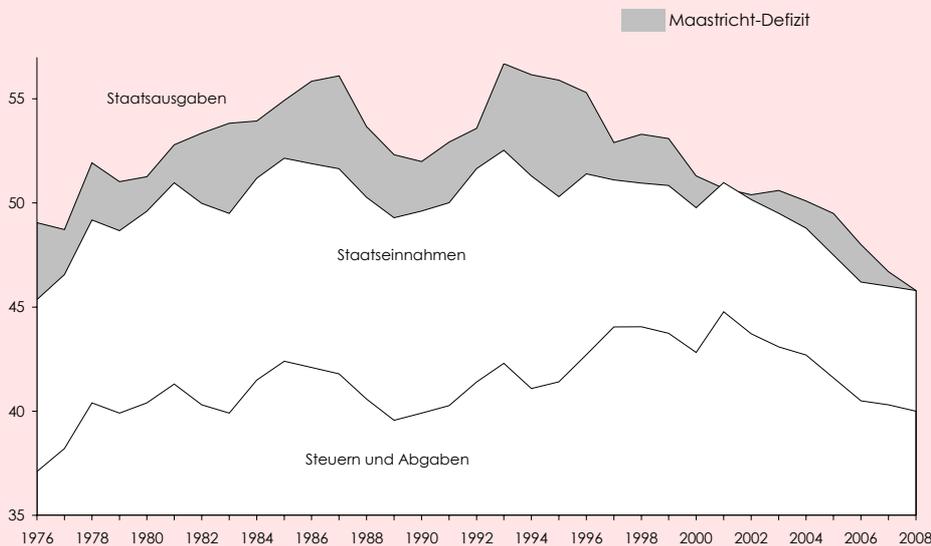
Für den Zeitraum 2000 bis 2008 bedeutet dies eine Reduktion um 4 Prozentpunkte. Um 2008 für den Gesamtstaat einen ausgeglichenen Maastricht-Saldo zu erreichen, soll auch die Ausgabenquote bis 2008 auf 45,8% des BIP zurückgeführt werden (-5,6 Prozentpunkte gegenüber 2000). Für die Abgabenquote ist eine Verringerung von 42,8% des BIP 2000 auf 40% des BIP 2008 vorgesehen. Der größere Teil der Abgabensenkung wird dabei auf die Steuern entfallen: Die Steuerquote verringert sich (vor allem als Konsequenz der Steuerreform 2004/05) von 27,4% des BIP 2000 auf

25,6% des BIP 2008 (-1,8 Prozentpunkte). Der Rückgang der Quote der Sozialbeiträge in Prozent des BIP erreicht im selben Zeitraum 1 Prozentpunkt.

Die Entwicklung der Staatsquoten (für den Gesamtstaat) kann in Österreich seit Mitte der siebziger Jahre in drei Abschnitte gegliedert werden (Abbildung 1)<sup>1)</sup>:

Abbildung 1: Entwicklung der Staatsquoten in Österreich

In % des BIP



Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen. Ab 2005 laut österreichischem Stabilitätsprogramm 2005 bis 2008.

- Von 1976 bis 1987 war ein stetiger Anstieg der Ausgabenquote zu beobachten, der von einer gleichlaufenden Entwicklung der Einnahmen- und der Abgabenquote sowie einer tendenziellen Zunahme des Maastricht-Defizits begleitet war.
- Die Phase zwischen 1987 und 1993 spiegelt den ersten, letztlich nicht nachhaltigen Versuch einer energischen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wider. Sie beginnt mit einer relativ starken Dämpfung der Ausgaben- und der Einnahmenquote. Schon bevor die Ausgabenquote in diesem Zeitabschnitt ihren Tiefpunkt erreichte, begann die Einnahmenquote wieder zu steigen. Ab 1990 erhöhte sich auch die Ausgabenquote wieder und erreichte 1993 mit 52,5% des BIP ihren bisher höchsten Wert.
- Seit 1994 sinkt die Ausgabenquote kontinuierlich – maßgeblich angetrieben von den Konsolidierungserfordernissen, die mit dem Eintritt in die EU einhergingen. Die Einnahmenquote verringerte sich zunächst nur leicht und nahm 2001<sup>2)</sup> (im einzigen Jahr, in dem ein leicht positiver Maastricht-Saldo erzielt wurde) sogar zu. Nach 2001 wurden die Ausgaben- und die Einnahmenquote stetig gesenkt; für 2008 wird eine Angleichung der beiden Quoten und damit ein gesamtstaatlicher Haushaltsausgleich angestrebt. Die Abgabenquote verlief zwischen 1994 und 2001 gegen den insgesamt sinkenden Trend von Einnahmen- und Ausgabenquote und geht erst seit 2002 zurück.

Die tatsächliche Umsetzung des bis 2008 vorgezeichneten gesamtstaatlichen Konsolidierungspfades wird entscheidend davon abhängen, ob die Ausgabenquote wie geplant gesenkt werden kann. Der Zielwert für 2008 erfordert eine Begrenzung des Ausgabenwachstums auf 1,3% pro Jahr zwischen 2005 und 2008 (gegenüber einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des nominellen BIP von etwa 4%). Aus heutiger Sicht erscheint dieses Vorhaben ambitioniert. Es erfordert jedenfalls die wei-

<sup>1)</sup> Für die Jahre vor 1976 liegen keine vergleichbaren Daten vor.

<sup>2)</sup> Vor allem wegen steuerlicher Maßnahmen, u. a. wegen des Sondereffektes der Einführung der Anspruchsverzinsung im Jahr 2001, die Anlass für vorgezogene Körperschaft- und Einkommensteuerzahlungen war.

tere Konkretisierung und politische Umsetzung der Pläne zur Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Ausgabendynamik ("Verwaltungsreform II", Reform der Förderungen, Gesundheitsreform, Aufgabenreform), die dann die erwarteten Einsparungen auch erbringen müssen. Zumindest kurzfristig werden von der geplanten deutlichen Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, die eine wichtige Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sind, restriktive Effekte auf Konjunktur und Wachstum der Gesamtwirtschaft ausgehen.

## Glossar

**Administrativer Saldo (Nettosaldo):** Einnahmen minus Ausgaben (einschließlich der Zinszahlungen, aber ohne Tilgungen); sind die Ausgaben geringer als die Einnahmen, dann ergibt sich ein administrativer Überschuss, im umgekehrten Fall ein administratives Defizit (Nettoneuverschuldung). Die Transaktionen werden nach dem "Kassenprinzip" ("Cash-Prinzip") verbucht, d. h. nach dem Zeitpunkt ihrer tatsächlichen Durchführung.

**Allgemeiner Haushalt:** Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben ohne Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden; der Saldo entspricht dem administrativen Saldo (Nettosaldo).

**Ausgleichshaushalt:** Gegenüberstellung der Einnahmen durch Schuldenaufnahme und der Ausgaben für Schuldentilgungen; der Saldo entspricht dem Nettosaldo (mit umgekehrtem Vorzeichen).

**Ausgliederungen:** Übertragung von Aufgaben, die durch einen gesetzlich bestimmten Betrag aus dem Budget finanziert werden (z. B. Universitäten), an neu geschaffene oder bestehende (private oder öffentliche) Rechtsträger.

**BIP-relevanter Saldo:** Nettosaldo, bereinigt um vermögenswirksame Transaktionen (z. B. Einnahmen oder Ausgaben aus Grundstückserwerb oder -verkauf) sowie Rücklagenzuführung bzw. -auflösung; Indikator für die Nachfragewirkung des Haushaltes.

**Bruttosteuerereinnahmen:** Einnahmen aus ausschließlichen Bundesabgaben und gemeinschaftlichen Bundesabgaben vor Überweisungen an Bundesfonds, Länder, Gemeinden und die EU.

**Durchlaufer:** Vergütungen und Überweisungen zwischen Amtsorganen einschließlich betriebsähnlicher Einrichtungen; wirken sich auf den Haushaltssaldo nicht aus, da sie sowohl von den Ausgaben als auch von den Einnahmen abgezogen werden.

**Erfolg:** Ergebnis des Budgetvollzugs; resultiert aus den tatsächlichen Ausgaben und erzielten Einnahmen.

**Finanzschulden:** laufende Kredite, Darlehen, Anleihen oder langfristige (Laufzeit über 10 Jahre) Geldverbindlichkeiten, die über den Jahresresultimo hinausgehen.

**Gesamthaushalt:** Besteht aus allgemeinem Haushalt und Ausgleichshaushalt; ist immer ausgeglichen, weil einem Saldo im allgemeinen Haushalt immer ein gleich großer Saldo (mit umgekehrtem Vorzeichen) im Ausgleichshaushalt gegenübersteht.

**Maastricht-Saldo (Finanzierungssaldo):** Nettosaldo bereinigt (gemäß der Definition des ESGV 95) um Buchungen, die zwar mit Einnahmen und Ausgaben verbunden sind, aber volkswirtschaftlich die Haushaltssituation nicht verändern. Statt administrativer Ausgaben und Einnahmen wird die Veränderung von Verbindlichkeiten und Forderungen des Staates berücksichtigt; so bedeutet z. B. ein negativer Finanzierungssaldo, dass sich das Nettofinanzvermögen verringert hat. Berücksichtigt werden zudem (das unterscheidet den Maastricht-Saldo vom ESGV-Saldo) Zinsströme von derivativen Finanztransaktionen (Swap-Transaktionen, Forward-Rate Agreements). Außerdem werden anders als zur Ermittlung des administrativen Saldos die Transaktionen nach dem "Accrual-Prinzip" verbucht, d. h. nach dem Zeitpunkt der Entstehung einer Forderung oder Verbindlichkeit; vor allem das Steueraufkommen und der Zinsaufwand können daher von den kassenmäßig verbuchten Positionen abweichen. Der Maastricht-Saldo ist ein Indikator für die tatsächliche (volkswirtschaftliche) Haushaltssituation in einer gegebenen Periode (in Abgrenzung zur rein finanzstatistisch-administrativen Darstellung); er dient als Zielgröße für die Verpflichtungen gemäß dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

**Nettosteuerereinnahmen:** Einnahmen aus ausschließlichen Bundesabgaben und gemeinschaftlichen Bundesabgaben abzüglich Überweisungen an Bundesfonds, Länder, Gemeinden und die EU.

**Primärsaldo:** Einnahmen minus Ausgaben ohne Zinszahlungen für die Staatsschuld, d. h. Nettodefizit abzüglich Zinszahlungen; Indikator für die Nachhaltigkeit der Budgetpolitik.

**Rücklagen:** Beträge, die in einem Haushaltsjahr nicht ausgegeben werden und daher für das folgende Jahr zur Verfügung stehen; Rücklagenzuführungen werden als Ausgaben, Rücklagenaufösungen als Einnahmen veranschlagt.

**Swap-Transaktionen (Währungstauschverträge):** Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, jeweils die Verpflichtungen (Zins- und/oder Tilgungszahlungen) aus Kreditaufnahmen der anderen Partei zu übernehmen.

Q: Bundesministerium für Finanzen (2004B, 2004C, 2005A), Staatsschuldenausschuss (2004), Statistik Austria (2002).

Im Vergleich mit den Ländern der EU 15 wird der öffentliche Sektor in Österreich – gemessen an Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenquoten – noch überdurchschnittlich groß sein. Der Abstand zum EU-15-Durchschnitt hat sich jedoch seit Mitte der neunziger Jahre merklich verringert (Übersicht 2)<sup>3)</sup>.

### Übersicht 2: Staatsquoten im europäischen Vergleich

	Ausgabenquote			Einnahmenquote			Abgabenquote		
	1995	2000	2006	1995	2000	2006	1995	2000	2006
	In % des BIP <sup>1)</sup>								
EU 15	51,3	45,8	47,7	46,1	46,8	45,2	40,8	42,1	40,6
Belgien	52,9	49,2	49,0	48,5	49,4	48,5	45,1	46,0	45,1
Dänemark	59,9	54,1	53,5	57,6	56,7	55,7	49,4	49,7	48,6
Deutschland	49,4	45,7	46,2	46,1	47,1	43,4	41,3	43,0	39,5
Griechenland	51,0	52,0	48,7	40,9	47,9	44,3	32,6	38,8	37,6
Spanien	45,0	39,9	40,4	38,4	39,1	40,5	33,4	35,6	36,8
Frankreich	55,2	52,5	54,4	49,7	51,2	51,1	43,6	45,0	44,2
Irland	41,6	32,0	34,6	39,5	36,4	34,0	33,5	32,0	29,7
Italien	53,4	46,9	48,5	45,8	46,2	44,0	41,2	42,7	40,6
Luxemburg	45,0	38,5	46,0	47,6	44,7	44,2	42,4	40,5	39,9
Niederlande	51,4	45,3	49,2	47,3	47,5	47,6	40,6	41,5	41,7
Österreich	56,7	52,0	49,2	50,9	50,5	47,4	41,9	43,4	41,6
Portugal	45,0	45,1	47,8	39,6	42,3	43,1	33,6	36,4	36,7
Finnland	59,6	49,1	49,8	55,7	56,1	51,3	46,4	48,1	44,2
Schweden	67,8	57,4	56,6	60,8	62,3	57,4	49,7	53,8	49,8
Großbritannien	44,9	37,4	44,1	39,1	41,2	41,4	36,0	38,1	38,0

Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2005. – <sup>1)</sup> Bruttoinlandsprodukt ohne FISIM-Neuberechnung.

### Übersicht 3: Maastricht-Saldo und Schuldenstand der EU-Staaten

	Maastricht-Saldo		Stand der Staatsschuld	
	2000	2006	2000	2006
	In % des BIP <sup>1)</sup>			
EU 25	+ 0,8	- 2,5	62,9	64,2
EU 15	+ 1,0	- 2,5	64,1	65,1
Belgien	+ 0,2	- 0,6	109,1	91,7
Dänemark	+ 2,6	+ 2,2	52,3	38,2
Deutschland	+ 1,3	- 2,8	60,2	68,9
Griechenland	- 4,1	- 4,4	114,0	108,9
Spanien	- 0,9	+ 0,1	61,1	44,2
Frankreich	- 1,4	- 3,4	56,8	67,1
Irland	+ 4,4	- 0,6	38,3	29,6
Italien	- 0,6	- 4,6	111,2	106,3
Luxemburg	+ 6,2	- 1,9	5,5	7,9
Niederlande	+ 2,2	- 1,6	55,9	57,9
Österreich	- 1,5	- 1,7	66,7	64,1
Portugal	- 2,8	- 4,7	53,3	68,5
Finnland	+ 7,1	+ 1,6	44,6	43,7
Schweden	+ 5,0	+ 0,8	52,8	49,2
Großbritannien	+ 3,8	- 2,7	42,0	42,5
Tschechien	- 3,7	- 4,0	18,2	37,0
Estland	- 0,6	+ 0,5	4,7	4,0
Zypern	- 2,4	- 1,9	59,9	66,6
Lettland	- 2,8	- 1,5	12,9	14,3
Litauen	- 2,5	- 1,9	23,8	20,9
Ungarn	- 2,4	- 4,1	55,4	57,9
Malta	- 6,3	- 2,8	57,0	77,1
Polen	- 1,6	- 3,8	36,8	47,6
Slowenien	- 3,5	- 2,1	27,4	30,4
Slowakei	- 12,3	- 4,0	49,9	44,9

Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2005. – <sup>1)</sup> Bruttoinlandsprodukt ohne FISIM-Neuberechnung.

Im Jahr 2006 wird sich die Defizitposition in Österreich ebenso wie in den anderen Ländern der EU 25 gegenüber 2000 verschlechtern, allerdings deutlich schwächer als im EU-Durchschnitt (Übersicht 3): Das Maastricht-Defizit wird mit 1,7% des BIP unter dem Durchschnitt von EU 25 und EU 15 (jeweils 2,5% des BIP) liegen. Während in der

<sup>3)</sup> Auf das Problem der eingeschränkten internationalen Vergleichbarkeit dieser Quoten kann hier nicht ausführlich eingegangen werden.

EU 15 bzw. EU 25 gegenüber 2000 mit einem Anstieg des Schuldenstands im Verhältnis zum BIP gerechnet wird, konnte Österreich die Schuldenstandsquote seit 2000 verringern.

## Der Bundeshaushalt 2000 bis 2006

Übersicht 4 gibt einen Überblick über die Eckdaten des österreichischen Bundeshaushalts von 2000 bis 2006.

Mit +2,7% nehmen 2006 die Ausgaben des Bundes (66,16 Mrd. €) stärker zu als die Einnahmen; letztere sind auf 60,35 Mrd. € (+2,3%) veranschlagt<sup>4)</sup>. Die Wachstumsraten des Jahres 2006 sind damit höher als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006 (Ausgaben +2,1%, Einnahmen +1,4%).

Übersicht 4: Der Bundeshaushalt im Überblick

	2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005	2006	2005/06	2000/2006
		Erfolg			Voranschlag	Vorläufiger Erfolg	Voranschlag		Veränderung	Jährliche Veränderung
					Mio. €					In %
Einnahmen	55.393	58.995	59.428	57.890	59.236	60.347	58.969	60.351	+ 2,3	+ 1,4
Ausgaben	58.247	60.409	61.818	61.387	62.666	64.977	64.420	66.161	+ 2,7	+ 2,1
Administrativer Saldo	- 2.853	- 1.415	- 2.390	- 3.498	- 3.430	- 4.630	- 5.451	- 5.810	-	-
Maastricht-Saldo	- 3.365	- 1.111	- 1.906	- 3.921	- 3.250	- 4.046	- 5.816	- 5.587	-	-
Bruttosteuerereinnahmen	50.387	56.210	54.951	53.498	57.618	56.207	56.310	58.316	+ 3,6	+ 2,5
Nettosteuerereinnahmen	33.041	37.933	36.666	35.468	38.616	37.660	37.483	38.902	+ 3,8	+ 2,8
					In % des BIP					
Einnahmen	26,3	27,4	26,9	25,6	25,3	25,8	24,1	23,7		
Ausgaben	27,7	28,0	28,0	27,1	26,8	27,8	26,3	26,0		
Administrativer Saldo	- 1,4	- 0,7	- 1,1	- 1,5	- 1,5	- 2,0	- 2,2	- 2,3		
Maastricht-Saldo	- 1,6	- 0,5	- 0,9	- 1,7	- 1,4	- 1,7	- 2,4	- 2,2		
Bruttosteuerereinnahmen	23,9	26,1	24,9	23,7	24,6	24,0	23,0	22,9		
Nettosteuerereinnahmen	15,7	17,6	16,6	15,7	16,5	16,1	15,3	15,3		

Q: Bundesministerium für Finanzen.

Übersicht 5: Bereinigte Ausgaben und Einnahmen des Bundes

	2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005	2006
		Erfolg			Voranschlag	Vorläufiger Erfolg	Voranschlag	
					Mio. €			
Ausgaben allgemeiner Haushalt	58.247	60.409	61.818	61.387	62.666	64.977	64.420	66.161
- Durchlaufer	- 978	- 1.178	- 1.874	- 929	- 519	- 1.056	- 921	- 949
Bereinigte Ausgaben	57.269	59.232	59.944	60.458	62.147	63.921	63.499	65.212
Einnahmen allgemeiner Haushalt	55.393	58.995	59.428	57.890	59.236	60.347	58.969	60.351
- Durchlaufer	- 978	- 1.178	- 1.874	- 929	- 519	- 1.056	- 921	- 949
Bereinigte Einnahmen	54.416	57.817	57.554	56.960	58.717	59.291	58.048	59.402
Administrativer Saldo	- 2.853	- 1.415	- 2.390	- 3.498	- 3.430	- 4.630	- 5.451	- 5.810

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Die Einnahmen- und die Ausgabenquote des Bundes gehen auch 2006 zurück. Seit 2000 verringerte sich die Einnahmenquote um 2,6 Prozentpunkte (auf 23,7% des BIP), die Ausgabenquote um 1,7 Prozentpunkte (auf 26% des BIP). Das Maastricht-Defizit des Bundes wird leicht auf 5,59 Mrd. € reduziert (2,2% des BIP). Die Bruttosteuerereinnahmen erhöhen sich 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3,6% und damit stärker als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006 (+2,5%), als die Konjunkturschwäche und Steuerentlastungen (Konjunkturbelebungsprogramme und Steuerreform) dämpfend wirk-

<sup>4)</sup> Die folgenden Angaben beziehen sich auf den allgemeinen Haushalt; der Ausgleichshaushalt wird hier nicht behandelt.

ten. Die Nettosteuerereinnahmen des Bundes steigen 2006 um 3,8%. Dies bedeutet im Vorjahresvergleich einen leichten Rückgang der Brutto- und eine konstante Netto-steuerquote. Seit 2000 wurde die Bruttosteuerquote um 1 Prozentpunkt, die Netto-steuerquote um 0,4 Prozentpunkte gesenkt.

Die um Durchlaufer bereinigten Ausgaben des Bundes sind 2006 mit 65,21 Mrd. € um 2,7% höher als im Vorjahr, die bereinigten Einnahmen nehmen um 2,3% auf 59,4 Mrd. € zu.

#### Übersicht 6: Komponenten des administrativen Saldos des Bundes

	2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005	2006
			Erfolg		Voranschlag	Vorläufiger Erfolg	Voranschlag	
	Mio. €							
Saldo laufender Transaktionen	+ 3.610	+ 5.611	+ 3.707	+ 622	+ 2.412	+ 1.544	+ 284	+ 358
Investitionen und Liegenschaftskäufe	+ 11	+ 342	+ 401	+ 242	- 117	- 162	- 155	- 142
Kapitaltransfers, netto	- 5.669	- 5.716	- 5.838	- 5.531	- 5.987	- 4.955	- 6.018	- 6.057
BIP-relevanter Saldo	- 2.048	+ 237	- 1.730	- 4.667	- 3.693	- 3.573	- 5.889	- 5.842
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	- 525	- 365	- 77	- 46	- 42	- 971	+ 270	- 84
Rücklagenzuführung, netto	- 280	- 1.286	- 583	+ 1.216	+ 305	- 86	+ 168	+ 117
Administrativer Saldo	- 2.853	- 1.415	- 2.390	- 3.498	- 3.430	- 4.630	- 5.451	- 5.810
Zinsen (ohne Währungstauschverträge)	+ 7.938	+ 7.107	+ 7.099	+ 6.807	+ 6.960	+ 7.008	+ 7.232	+ 7.109
Primärsaldo	+ 5.085	+ 5.693	+ 4.709	+ 3.310	+ 3.530	+ 2.378	+ 1.782	+ 1.299

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Der administrative Saldo des Bundes (Nettosaldo) steigt 2006 auf 5,81 Mrd. € (2,3% des BIP; Übersicht 6). Der Primärsaldo des Bundes – seine Höhe erlaubt Rückschlüsse auf die langfristige Stabilität des Bundeshaushaltes, da er (zusammen mit der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate und dem Zinsniveau) die Entwicklung der Schuldenquote bestimmt – verringert sich 2006 weiter. Der BIP-relevante Saldo bleibt aufgrund der Entlastungen durch die Steuerreform 2004/05 mit -5,84 Mrd. € (-2,3% des BIP) 2006 relativ hoch. Damit geht vom Bundeshaushalt einnahmenseitig ein leicht expansiver Effekt aus, dem freilich eine restriktive Ausgabengestaltung gegenübersteht. Rücklagenentnahmen (die den Nettosaldo verbessern könnten) spielen auch 2006 eine zu vernachlässigende Rolle.

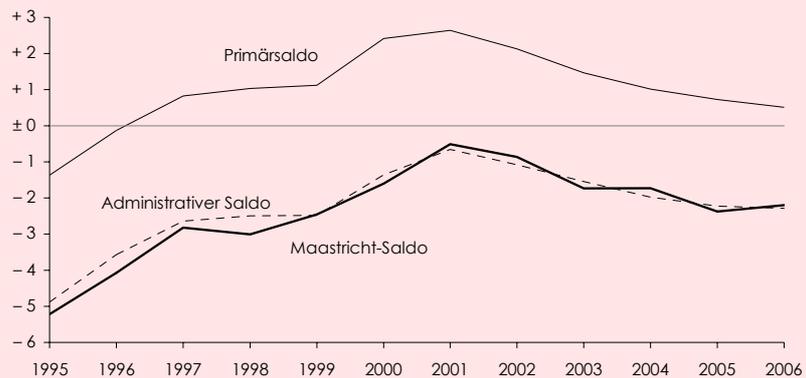
#### Budgetsalden

BIP-relevanter Saldo
+ Saldo vermögenswirksamer Transaktionen
+ Rücklagenzuführung netto (Rücklagenzuführung minus Rücklagenauflösung)
= Nettosaldo (administrativer Saldo)
- Zinszahlungen
= Primärsaldo

Übersicht 7 zeigt die Entwicklung des gesamtstaatlichen Defizits nach Maastricht-Definition für den Gesamtstaat und aufgeschlüsselt nach Gebietskörperschaften seit 2000. Nachdem 2001 ein Überschuss erzielt worden war, ließen die Konjunkturschwäche der vergangenen Jahre, die Steuerreform 2004/05 und mehrere Konjunkturbelebungsprogramme das Maastricht-Defizit des Gesamtstaates bis 2005 schrittweise steigen. Ab 2006 wird ein Rückgang und für 2008 schließlich ein "Nulldefizit" angestrebt: Das Maastricht-Defizit des Bundes soll sinken, die Länder (einschließlich Wiens) sollen steigende Überschüsse erwirtschaften und die Gemeinden in allen Jahren ausgeglichen abschließen. Die Einhaltung dieser im innerösterreichischen Stabilitäts-pakt 2005 fixierten Ziele wird vor allem Länder und Gemeinden in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellen (Schratzenstaller, 2005). Auch müssen die Sozialversicherungsträger bis 2008 ihre finanzielle Situation verbessern.

Abbildung 2: Budgetsalden des Bundes

In % des BIP



Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. 2005 und 2006 laut Bundesvoranschlag.

Übersicht 7: Saldo der öffentlichen Haushalte laut Maastricht-Definition

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	In % des BIP								
Rechtsträger									
Gesamtstaat	- 1,47	+ 0,25	- 0,21	- 1,11	- 1,32	- 1,9	- 1,7	- 0,8	± 0,00
Bund	- 1,60	- 0,52	- 0,86	- 1,73	- 1,73	- 2,4	- 2,2	- 1,4	- 0,75
Länder (ohne Wien)	+ 0,20	+ 0,51	+ 0,41	+ 0,45	+ 0,39	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,55
Gemeinden (einschließlich Wiens)	+ 0,04	+ 0,26	+ 0,25	+ 0,18	+ 0,06	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,20
Länder und Gemeinden	+ 0,24	+ 0,77	+ 0,66	+ 0,63	+ 0,45	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,75
Sozialversicherungsträger	- 0,11	± 0,00	- 0,01	± 0,00	- 0,04	- 0,1	- 0,1	- 0,1	± 0,00

Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen. Ab 2005 gemäß österreichischem Stabilitätspakt 2005 bis 2008. + . . . Überschuss, - . . . Defizit.

### Gender Budgeting im Bundeshaushalt

Gender Budgeting ist ein zentrales Element einer Strategie des Gender Mainstreaming, das die Integration der Geschlechterperspektive in alle Politikbereiche anstrebt, um die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern. Gender Budgeting zielt auf die Einbeziehung der Geschlechterperspektive auf allen Ebenen und in allen Phasen des Haushaltsprozesses sowie eine die Gleichstellung fördernde Umstrukturierung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben. Erfasst werden sollen direkte und indirekte Wirkungen der Budgetpolitik (z. B. auf Beschäftigung, Einkommen, Zeitverwendung von Männern und Frauen). Die Überprüfung öffentlicher Haushalte aus der Geschlechterperspektive soll bestehende geschlechtsspezifische Disparitäten sowie die budgetpolitischen Maßnahmen identifizieren, die zu ihrer Aufrechterhaltung bzw. Vertiefung beitragen. Auf dieser Grundlage sollen (budgetpolitische) Maßnahmen zur Verringerung bzw. Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entwickelt und umgesetzt werden.

Auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses vom März 2004 wurden die Ressorts erstmals aufgefordert, im Rahmen des Bundesvoranschlags 2005 für einen ausgewählten Budgetposten eine Analyse aus der Geschlechterperspektive durchzuführen und deren Resultate im Rahmen der Erläuterungen zum Bundesvoranschlag darzustellen (Schratzenstaller, 2004). Dieser erste Schritt zu einer dauerhaften Verankerung von Gender Budgeting im Bundeshaushalt wurde im Rahmen des Bundesvoranschlags 2006 fortgeführt. Die Ergebnisse der ressortspezifischen Untersuchungen sind hinsichtlich der Analysetiefe und -breite, der Analyseinstrumente sowie der untersuchten geschlechtsspezifischen Effekte sehr unterschiedlich. Zwar gehen alle Ressorts auf Gender-Aspekte des Budgets ein. Oft verbleiben die Betrachtungen jedoch an der Oberfläche; in einigen Fällen werden lediglich Absichten bekundet.

Um Gender Budgeting dauerhaft zu implementieren und schließlich zu einer umfassenden Analyse des Bundeshaushalts aus der Geschlechterperspektive zu gelangen, ist daher für künftige Bundesvoranschläge, aber auch für die Ex-post-Evaluierung des Haushaltsvollzugs eine koordinierte Top-down-Strategie unerlässlich. Diese muss auf verbindlichen Vorgaben für die Ressorts, auf der Entwicklung und der Einführung eines methodischen Instrumentariums zur Durchführung von Gender Budgeting sowie auf der Evaluation der ressortspezifischen Analysen beruhen. Die Einbeziehung externer Expertise sowie der Aufbau internen Know-hows sind dazu unverzichtbare Voraussetzungen.



reformen 2000 und 2003 zu greifen begonnen. 2006 beanspruchen sie aber mit knapp 59% immer noch den größten Anteil der Transferausgaben.

Übersicht 10: Struktur der Transferausgaben des Bundes

	2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005	2006
		Erfolg			Voran-	Vorläu-	Voranschlag	Voranschlag
					schlag	figer		
						Erfolg		
	Anteile in %							
Alterssicherung	58,4	59,0	59,9	59,4	58,7	59,1	58,7	58,6
Familien	16,2	15,3	16,1	17,0	17,4	17,5	17,5	17,6
Arbeitslosigkeit	9,1	8,6	9,3	9,4	9,3	9,6	9,7	10,0
Pflegegeld	6,2	5,9	5,7	5,5	5,6	5,6	5,6	5,5
Sonstige	10,1	11,3	9,0	8,7	8,9	8,2	8,5	8,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Die zweitgrößte Transferausgabenkategorie sind die Familienleistungen. Ihr Anteil an den Transferausgaben steigt aufgrund der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes seit 2000 und erreicht 2006 17,6%. Die familienbezogenen Ausgaben nehmen 2006 zu, weil die Kindererziehungszeiten im Zuge der Pensionsharmonisierung höher dotiert werden, während die Ausgaben für das Kinderbetreuungsgeld aufgrund des prognostizierten Geburtenrückgangs leicht sinken. Das Defizit des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) war 2004 mit 407 Mio. € erneut größer als budgetiert (280 Mio. €). Auch für heuer und das nächste Jahr wird ein Anstieg des Defizits erwartet; es soll 2006 435 Mio. € erreichen.

Die Zahlungen an Arbeitslosenunterstützung gewinnen unter den Transferausgaben des Bundes wegen der steigenden Arbeitslosigkeit weiter an Gewicht. Die Ausgaben für Pflegegeld verlieren dagegen gemessen an ihrem Anteil an den Transferausgaben an Bedeutung, nicht zuletzt weil das Pflegegeld seit 1996 nicht angehoben wurde (2005 erfolgte eine Valorisierung um 2%).

Übersicht 11: Ausgaben des Bundes für Pensionen

	2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005	2006	2005/06	2000/2006
		Erfolg			Voran-	Vorläu-	Voranschlag	Voranschlag	Verände-	Jährliche
					schlag	figer			rung	Verände-
						Erfolg				rung
	Mio. €									
	In %									
Pensionen Bundesbeamte	2.525	2.659	2.750	2.879	2.916	3.035	3.248	3.327	+ 2,4	+ 4,7
Pensionsaufwandsersätze für Landeslehrer	697	734	758	850	797	914	926	975	+ 5,4	+ 5,8
Pensionen Postbeamte	846	893	972	1.059	1.098	1.123	1.156	1.159	+ 0,2	+ 5,4
Pensionen ÖBB-Beamte	1.695	1.728	1.746	1.767	1.777	1.742	1.820	1.830	+ 0,5	+ 1,3
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	4.152	4.460	4.955	5.822	5.875	5.863	5.964	6.187	+ 3,7	+ 6,9
Ausgleichszulagen	741	878	926	1.107	762	812	822	841	+ 2,3	+ 2,1
Überweisungen an Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger	1.246	1.649	1.582	797	797	829	704	707	+ 0,5	- 9,0
Summe Ausgaben	11.901	13.001	13.689	14.281	14.021	14.318	14.640	15.026	+ 2,6	+ 4,0
Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	561	562	560	561	551	545	564	566	+ 0,3	+ 0,1
Beiträge gemäß § 13 PG	47	71	75	79	80	123	125	132	+ 5,3	+ 18,7
Beiträge von Landeslehrern	14	20	21	22	22	33	33	35	+ 3,6	+ 16,8
Pensionsbeiträge Post	273	265	245	228	193	213	199	185	- 6,7	- 6,3
Pensionsbeiträge ÖBB	435	434	445	445	426	456	384	388	+ 0,9	- 1,9
Pensionsversicherungsbeitrag ÖBB	50	57	61	64	66	81	66	66	+ 0,0	+ 4,8
Sonstige Pensionseinnahmen	46	47	58	52	151	143	250	145	- 41,8	+ 21,2
Summe Einnahmen	1.412	1.456	1.464	1.451	1.489	1.594	1.621	1.516	- 6,5	+ 1,2
Nettoausgaben für Pensionen	10.490	11.545	12.225	12.830	12.532	12.724	13.018	13.509	+ 3,8	+ 4,3

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.



fentlichen Beschäftigung, den öffentlichen Investitionen und dem öffentlichen Schuldenstand zu ermöglichen<sup>6)</sup>, erscheint die Einrichtung einer regelmäßigen Berichterstattung und einer umfassenden Datengrundlage (etwa in Form eines regelmäßigen Ausgliederungsberichts) dringend erforderlich.

Die Ausgaben des Bundes für die Erstellung von öffentlichen Leistungen verlieren tendenziell an Gewicht. Betrug ihr Anteil an den Gesamtausgaben 2000 noch über 28%, so erreicht er 2006 nur mehr gut 24% (-0,4% p. a.; Übersicht 13). Hier spiegelt sich vor allem der Rückgang der Personalausgaben (für Bundesbedienstete, Landeslehrer und Postbeamte; -0,8% pro Jahr<sup>7)</sup>) aufgrund von Ausgliederungen und einem tatsächlichen Stellenabbau (zum Teil über Frühpensionierungen).

Die österreichische Budgetpolitik bekannte sich in den letzten Jahren verstärkt zu einer Schwerpunktsetzung in einigen Ausgabenbereichen, die auch von der aktuellen wirtschaftstheoretischen und -empirischen Literatur als besonders relevant für die langfristige Wachstumsentwicklung von Volkswirtschaften betrachtet werden (*European Commission*, 2005). Dies betrifft insbesondere die Bereiche Forschung, Bildung und Infrastruktur. Daneben war ein explizites Anliegen die Ausweitung der monetären Familienleistungen. Diese Ziele manifestieren sich auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts in unterschiedlicher Intensität (Übersicht 14).

## Wachstumsfördernde Akzente

Übersicht 14: Wachstumspolitische Schwerpunkte im Bundeshaushalt

	2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005	2006	2000/2006	
		Erfolg			Voran-	Vorläufiger	Voranschlag		Durch-	
					schatz	Erfolg			schnitt	
<i>Bildung (ohne Wissenschaft)</i>										
Mio. €	5.533	5.733	5.769	5.870	5.881	5.902	5.950	6.012		
Veränderung gegen das Vorjahr in %	-	+ 3,6	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0		+ 1,4
In % der Gesamtausgaben	9,5	9,5	9,3	9,6	9,4	9,1	9,2	9,1		
In % des BIP	2,6	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5	2,4	2,4		
<i>Forschung</i>										
Mio. €	1.225	1.351	1.408	1.360	1.579	1.387	1.474	1.499		
Veränderung gegen das Vorjahr in %	.	+ 10,3	+ 4,2	- 3,4	+ 16,1	+ 2,0	+ 6,3	+ 1,7		+ 3,4
In % aller Forschungsausgaben in Österreich	30,4	30,8	29,4	27,7	29,9	26,3	.	23,6		
In % der Gesamtausgaben	2,1	2,2	2,3	2,2	2,5	2,1	2,3	2,3		
In % des BIP	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6		
<i>Infrastrukturinvestitionen</i>										
Mio. €	3.348	3.388	3.711	3.774	3.796	3.870	3.934	3.711		
Veränderung gegen das Vorjahr in %	.	+ 1,2	+ 9,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 2,5	+ 1,7	- 5,7		+ 1,7
In % des BIP	1,6	1,6	1,7	1,7	1,6	1,7	1,6	1,5		
<i>Familien</i>										
Mio. €	4.322	4.494	4.532	4.960	5.246	5.477	5.618	5.789		
Veränderung gegen das Vorjahr in %	.	+ 4,0	+ 0,8	+ 9,4	+ 5,8	+ 10,4	+ 2,6	+ 3,0		+ 5,0
In % der Gesamtausgaben	7,4	7,4	7,3	8,1	8,4	8,4	8,7	8,7		
In % des BIP	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3		

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Am deutlichsten und auch dynamischer als die Gesamtausgaben steigen die forschungswirksamen Ausgaben des Bundes (+3,4% pro Jahr). 2004 blieben sie merklich unter dem budgetierten Wert; ceteris paribus dürfte die Forschungsquote 2,17% des BIP betragen haben<sup>8)</sup>. Die Unterschreitung des Voranschlags beruht maßgeblich auf der kurzfristig mangelnden Absorptionsfähigkeit der empfangenden Institutionen. Allerdings verfallen die Mittel nicht, sondern können verzögert überwiesen werden. Im Jahr 2006 muss insbesondere der Unternehmenssektor seine Forschungsausgaben deutlich stärker erhöhen als in den Jahren zuvor, wenn gemäß der Zielsetzung der Lissabon-Agenda eine Forschungsquote von 2,5% des BIP erreicht werden soll. Die in

<sup>6)</sup> Siehe dazu auch Schratzenstaller (2004).

<sup>7)</sup> Knapp zwei Drittel der Ausgaben zur Erstellung öffentlicher Leistungen entfallen 2006 auf Personalausgaben (einschließlich Postbeamte).

<sup>8)</sup> Auf der Grundlage der veranschlagten Ausgaben aller Sektoren für Forschung und Entwicklung hätte die Forschungsquote 2,27% des BIP betragen. Sie wird erst dann feststehen, wenn auch die Daten über die tatsächlichen Ausgaben der übrigen Sektoren vorliegen.

den letzten Jahren deutlich verbesserte steuerliche Förderung dieser Ausgaben durch Forschungsfreibetrag und -prämie kann einen Beitrag dazu leisten; dennoch wird die Realisierung der für 2006 angestrebten Zielgröße nicht einfach sein.

Wesentliche Voraussetzung für die verbesserte Absorption der staatlichen Forschungsmittel und damit die Erreichung der Lissabon-Ziele im Forschungsbereich ist ein langfristiges Commitment der öffentlichen Hand und damit die Herstellung von Planungssicherheit für die Förderungsempfänger. Unverzichtbar sind auch eine nachvollziehbare und transparente Planung und Evaluierung der Mittelbereitstellung und -verausgabung; sie erfordern eine entsprechende Darstellung auch im Rahmen des Bundesbudgets. Obwohl die forschungsrelevanten Positionen des Bundesbudgets wesentlich ausführlicher und besser dargestellt werden als in der Vergangenheit (*Bundesministerium für Finanzen, 2005A*), sind die forschungswirksamen Aktivitäten des Bundes – insbesondere die längerfristige Entwicklung bzw. die Verzahnung mit den aktuellen Budgetvoranschlägen sowie die genaue Herkunft und Verwendung der Mittel – immer noch schwierig nachzuvollziehen.

Der Zuwachs der Infrastrukturinvestitionen<sup>9)</sup> (seit 2000 +1,7% pro Jahr) schwächte sich jüngst ab; für 2006 ist sogar ein Rückgang von 5,7% gegenüber dem Vorjahr veranschlagt. Nach kurzfristigen kräftigen Erhöhungen liegen die Infrastrukturausgaben gemessen an ihrem Anteil am BIP 2006 leicht unter dem Niveau von 2000.

Im Bereich Bildung (ohne Wissenschaft) sind 2006 um 1% höhere Ausgaben veranschlagt als im Vorjahr; damit fällt die Steigerung etwas geringer aus als seit 2000 (+1,4% p. a.). Die Bildungsausgaben machen im Jahr 2006 gut 9% der Gesamtausgaben des Bundes aus (2,4% des BIP), gegenüber 9,5% des Gesamtausgaben (bzw. 2,6% des BIP) im Jahr 2000.

Die höchsten Zuwachsraten weisen die familienbezogenen Ausgaben auf (2000/2006 +5% pro Jahr). Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes nahm seit 2000 von 7,4% auf 8,7% zu, ihr Anteil am BIP von 2,1% auf 2,3%. Familien werden mittlerweile in Österreich im Rahmen des Transfer- und Steuersystems auch im internationalen Vergleich beträchtlich entlastet (*OECD, 2005*). Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und so den individuellen Präferenzen von Eltern besser zu entsprechen, aber auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive (demographischer Wandel, bessere Nutzung der Humanressourcen) müsste die Struktur der familienbezogenen Ausgaben hin zu realen Leistungen verändert werden.

Insgesamt könnte der Prozess der Umsetzung der Lissabon-Ziele durch eine entsprechende Darstellung der relevanten Positionen in den öffentlichen Haushalten ("Lissabon Budgeting") unterstützt werden.

Die Einnahmen des Bundes (Nettosteureinnahmen, steuerähnliche und sonstige Einnahmen) steigen im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006 um 1,5% p. a. Tendenziell nimmt dabei der Anteil der Nettosteureinnahmen sowie der steuerähnlichen Einnahmen an den gesamten Einnahmen des Bundes zu; das stärkt die langfristige Stabilität und Nachhaltigkeit der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes.

Die Nettosteureinnahmen erreichen 2006 65,5% der Gesamteinnahmen (+2,8% gegenüber dem Bundesvoranschlag 2005). Seit 2000 erhöhen sie sich jährlich um durchschnittlich 2,4%; ihre Entwicklung wurde in diesem Zeitraum durch eine Reihe von Sondereffekten geprägt (Einführung der Anspruchsverzinsung in der Einkommen- und Körperschaftsteuer 2001, Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung 2003, Entlastungen durch Konjunkturbelebungsprogramme und Steuerreform 2004/05) .

Die steuerähnlichen Einnahmen (vor allem Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds und Bundesanteile an der Lohn- und Einkommensteuer) machen 2006 voraussichtlich 16,4% der Gesamteinnahmen des Bundes aus (+2,4% gegenüber dem Bundesvoranschlag 2005).

<sup>9)</sup> Die Infrastrukturausgaben werden inzwischen weitgehend außerbudgetär (ASFINAG usw.) abgewickelt, der Anteil des Bundes wird für 2006 auf 16,5% veranschlagt.

---

## Entwicklung von Einnahmenhöhe und -struktur

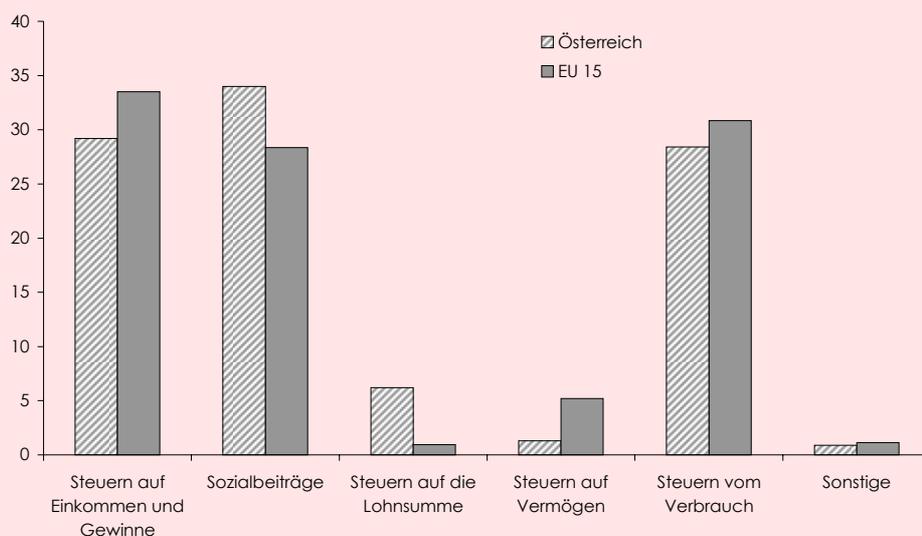
---

### Allgemeine Tendenzen



Abbildung 3: Abgabenstruktur Österreichs im Vergleich mit der EU 15

2003, Anteile an den Gesamtabgaben in %



Q: OECD, Revenue Statistics 1965-2003, Paris, 2004.

Übersicht 16: Anteile der Steuerarten am Bruttosteuererwerb

	Steuern vom Einkommen			Steuern vom Aufwand		Steuern vom Vermögen
	Insgesamt	Gewinnsteuer (Einkommen-, Körperschaftsteuer)	Lohnsteuer	Insgesamt	Energiebezogene Steuern	
	In %					
1990	42,9	11,2	24,8	50,6	4,6	4,1
1991	44,5	11,0	26,2	49,0	4,4	4,1
1992	45,2	11,4	26,4	48,4	5,4	4,1
1993	45,2	10,0	27,2	48,6	4,9	4,0
1994	42,4	10,1	25,7	53,6	5,2	1,9
1995	46,7	11,1	28,8	50,8	6,0	1,7
1996	47,2	13,5	27,4	50,7	6,5	1,6
1997	48,9	13,7	29,4	49,0	6,7	1,4
1998	48,1	14,0	28,9	47,9	6,1	1,3
1999	47,9	12,6	30,3	49,8	6,4	1,4
2000	47,0	13,3	28,7	50,5	6,5	1,4
2001	50,8	18,2	27,9	47,1	6,5	1,3
2002	48,5	14,0	29,5	49,3	6,9	1,2
2003	49,5	13,1	31,7	49,2	7,5	1,3
2004	48,0	13,0	30,5	50,3	7,7	1,3
2005	45,8	10,7	30,2	52,4	7,9	1,3
2006	46,8	11,3	30,4	51,3	7,6	1,4

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., "Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(8), S. 627-643, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25204](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25204).

Bundesministerium für Finanzen (2004A), Österreichisches Stabilitätsprogramm, Wien, 2004.

Bundesministerium für Finanzen (2004B), Budget 2005: Zahlen – Hintergründe – Zusammenhänge, Wien, 2004.

Bundesministerium für Finanzen (2004C), Lesehilfe zum Budget, Wien, 2004.

Bundesministerium für Finanzen (2005A), Bundesfinanzgesetz 2006 – Beilagen, Wien, 2005.

Bundesministerium für Finanzen (2005B), Budgetbericht, Wien, 2005.

European Commission, "The Economic Costs of Non-Lisbon: A Survey of the Literature on the Economic Impact of Lisbon-Type Reforms", European Economy Directorate-General for Economic and Financial Affairs Occasional Papers, 2005, (16), [http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/publications/occasional\\_papers/2005/ocp16en.pdf](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/occasional_papers/2005/ocp16en.pdf).

OECD, Taxing Wages 2003/2004, Paris, 2005.

## Literaturhinweise

Schatzenstaller, M., "Bundesvoranschlag 2005: Hohes Defizit durch Steuerreform und steigende Transferausgaben", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(11), S. 807-824, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25334](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25334).

Schatzenstaller, M., "Neuer Finanzausgleich und Stabilitätspakt – keine grundlegenden Änderungen", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(1), S. 49-60, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25406](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25406).

Staatsschuldenausschuss, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2003, Wien, 2004.

Statistik Austria, Leitfaden Maastricht-Defizit, 2. Auflage, Wien, 2002.

### *2006 Budget: Themes and Lines of Development in a Long-Term View – Summary*

The 2006 federal budget is marked by the fiscal effects of the 2004-05 tax reform as well as ongoing high unemployment. Accordingly, the federal Maastricht deficit will decline only slightly (to 2.2 percent of GDP). By 2008, a balanced budget is to be achieved for the general government: the states and local governments are to produce a surplus of 0.75 percent of GDP, and the federal government is to reduce its Maastricht deficit to 0.75 percent of GDP. At the same time, revenue and expenditure ratios at federal and overall level are to be further reduced. The budgetary goals up to 2008 call for realising and implementing the existing plans to curtail spending dynamics, especially by reforming public administration, the health care sector, and the division of responsibilities between the levels of government.

The importance of transfers has been steadily rising since 2000: in the 2006 budget they will make up almost 40 percent of overall federal expenditure. In particular, spending on families and unemployment has been growing considerably over the past years. Here again, the weight financing expenditures is rising in the long term, whereas the share of expenditure for public goods and services is declining, also in the long run, due to spin-offs and staff reductions.

Within federal spending, the focus in recent years has been on research, infrastructure and families. The initiative to permanently incorporate gender budgeting was continued in the 2006 budget; to this end, it is necessary to strengthen the use of external expertise and establish internal know-how.

Since 2000, the importance of one-off measures has lost ground as a source of federal revenues, a development that makes the revenue side of the federal budget more sustainable. The shift towards indirect taxation, observable over the past years, is slowed down in the 2006 budget.